



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/253 - 2. November 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 15 31-32
Fernschreiber 0 885 880

Das britisch-französische Abenteuer	S. 1
Zum Besuch Fritz Heines in USA	S. 3
Die XI. Delegiertenkonferenz des SDS	S. 5
Ein "Tagesbefehl" des Ministers Strauss	S. 7

Zerfallender Westen?

ler. Die von britisch-französischen Flugzeugen abgeworfenen Bomben auf ägyptisches Gebiet im Rahmen einer "Polizeiaktion" erschüttern die Einheit der westlichen Welt in ihren Grundfesten. Grossbritannien und Frankreich haben sich durch ihr Vorgehen nicht nur moralisch weitgehend isoliert, sie haben durch ihr Veto im Sicherheitsrat der UNO dem Ansehen und der Würde der Vereinten Nationen schwer geschadet und setzen sich nun der Gefahr aus, von einer Mehrheit der Volksversammlung eindeutig als Aggressoren verurteilt zu werden. In diese Lage einer Verurteilung vor dem höchsten Forum der Völker war bisher nur Nordkorea mit seinem Überfall auf Südkorea gekommen.

Niemand kann in diesen Stunden die Richtung der künftigen Entwicklung voraussagen. Sie wird jedoch, wie immer auch der Sturz in dieses ägyptische Abenteuer enden möge, tiefgreifende Wirkungen hinterlassen, die sich jetzt schon abzuzeichnen beginnen. Eines der ersten Opfer der "Befriedungs"-Aktion am Suezkanal kann die anglo-amerikanische Allianz werden. Ihre Festigkeit war einer der sichersten Pfeiler für die Erhaltung des Weltfriedens. Dieser Pfeiler wankt. Dass ein amerikanischer Außenminister jemals seine britischen und französischen Kollegen vor der UNO auffordern werde, Kampfhandlungen einzustellen, schien noch vor wenigen Wochen undenkbar. Das amerikanische Prestige als der Führungsmacht der westlichen Welt steht auf dem Spiele, wenn die USA befreundeten oder verbündeten Partnern gestatten sollten, dort, wo sie es für opportun und aus einem recht fragwürdig gewordenen nationalen Interesse für notwendig halten,

UNO-Grundsätze zu missachten. Das britisch-französische Eingreifen in Ägypten ist ein Rückfall in die Methoden des 19. Jahrhunderts. Es berücksichtigt nicht die inzwischen eingetretenen politischen Veränderungen in der Welt, wie auch nicht das sich an moralischen Kriterien orientierende Weltbewusstsein.

Die Erbitterung über dieses, die UNO in ihrer Existenz gefährdende Vorgehen ist in dem Schreiben Nehrus an Eisenhower, Dulles und den Generalsekretär der UNO, Hammarskjöld, zu spüren. Wenn aus solchem Munde gesagt wird, diese Aggression sei eine Beleidigung des Sicherheitsrates und eine Verletzung der Charta der Vereinten Nationen, dazu angetan, die schwerstmöglichen Folgen hervorzurufen, so hat man das mit dem vollen Gewicht der Stellung zur Kenntnis zu nehmen, die heute dem indischen Ministerpräsidenten in der Welt zukommt. Die Vereinigten Staaten als eine der Hauptstützen der UNO - sie setzten in der Korea-Krise Blut und Waffen für die Respektierung der UNO-Charta ein - müssen sich, vielleicht mehr als das Ägypten Nassers, über das französisch-britische Verhalten schockiert fühlen.

Die westliche Welt hatte eine gute moralische Position. Zu Recht konnte die Sowjetunion ob ihres blutigen Eingreifens in den ungarischen Bürgerkrieg vor der Weltmeinung angeklagt werden. Dieses grosse moralische Kapital ist beinahe über Nacht verschwendet worden. Denn welcher Unterschied besteht zwischen den russischen Truppen, die in Budapest auf die Bevölkerung schossen und den britisch-französischen Fliegern, die durch Bombenangriffe Ägyptens Bevölkerung auf die Knie zwingen wollen? Hier wie dort erfolgt eine Einmischung in die inneren Verhältnisse, hier wie dort wurde zu den Waffen als ultima ratio gerufen, hier wie dort erfolgte die Intervention, um ein Regime zu halten, wie in Ungarn, oder ein Regime, wie in Ägypten, zu stürzen. Die erklärte Absicht der britischen Regierung ist es doch, das Ägypten Nassers zu demütigen; dass man damit den ganzen arabischen Nationalismus trifft und ihn geradezu noch enger an Nassers Schicksal bindet, scheint bei dem sehr sorgfältig geplanten Angriff auf die Suezkanalzone freilich nicht bedacht worden zu sein.

Das britische Unterhaus hat, als es Edens Begründung für die "Polizeiaktion" vernahm, noch nie gesehene Szenen erlebt. Auch das ist eine für die britische konservative Regierung höchst unerwünschte und unmittelbar eingetretene Wirkung. Durch die ganze britische Nation geht ein tiefer Riss, wohl die grosse Mehrheit wendet sich dagegen, zwischenstaatliche Probleme durch Waffengewalt zu lösen. Wie kann Grossbritannien seinen Ruf als Freund der Freiheit und der Unabhängigkeit der Völker aufrechterhalten, wenn es selbst zu den Mitteln der Unterdrückung Zuflucht nimmt? Vielleicht zwingen die Scham und die Empörung grosser Teile des britischen Volkes die Regierung zur Besinnung und zur Umkehr von einem Weg, von dem niemand weiss, wohin er führt.

Was wurde bisher erreicht? Die Stilllegung des Suezkanals durch versenkte Schiffe, eine damit bedingte Drosselung des für die europäische Wirtschaft so lebenswichtigen arabischen Öls, eine kaum mehr tragbare Belastung der anglosächsischen Allianz, eine gewaltige Erbitterung in der ganzen arabischen Welt, eine Bedrohung des Zusammenhaltens des Commonwealth und ein wahrlich nicht verdienter Prestigegewinn der Sowjetunion, die nun ihre Angeklagten-Rolle mit der des Anklägers vertauschen kann. Nasser war durch das britisch-französische Vorgehen gemeint, aber getroffen wurde auch Europa. Und das wird seine Konsequenzen für die Zukunft haben.

2. 11. 1956

Beobachtungen und Besprechungen

Eindrücke von der Wahlpropaganda-Technik

O. L. New-York, Ende Okt.

Der kurze Besuch des Vorstandsmitgliedes der SPD, Fritz Heine, in den Vereinigten Staaten, in New York City und in Washington, hat vor allem zwei Aufgaben: das letzte entscheidende Stadium des Präsidentenwahlkampfes zu beobachten und eine Reihe politischer Gespräche mit wichtigen Persönlichkeiten des amerikanischen Lebens zu führen, um sie in dieser für Europa kritischen Wendung der Entwicklung nicht nur der deutschen Politik über die Haltung und Ziele der deutschen Sozialdemokratie zu informieren.

Heine hat daneben auch alle sozialistischen Gruppen in New York aufgesucht und Gelegenheit genommen, bei den alljährlich stattfindenden Feier zum Andenken an den Führer der amerikanischen Sozialisten Eugene W. Debs wie zum Jewish Labor Comitee zu sprechen. Aber in diesen Tagen, in denen sowohl die an Aussenpolitik interessierten amerikanischen Politiker wie Zeitungsleute und Radikalkommentatoren an fachkundigen Äusserungen über die europäische Entwicklung und insbesondere über die möglichen Wirkungen der polnischen und ungarischen Ereignisse auf die Ostzone in Deutschland interessiert sind, waren die Gespräche, die Fritz Heine mit Personen wie dem Gouverneur von New York, Harriman, dem früheren amerikanischen High-Commissioner in Deutschland, John Mc Cloy, mit Sam Heber, dem stellvertretenden Hochkommissar oder mit Professor Adolf Berle, dem früheren Obmann der Liberalen Partei und Assistant Secretary im Aussenministerium unter Roosevelt, hatte, von besonderer Bedeutung. Heine hatte auch Gelegenheit mit führenden Journalisten in New York, insbesondere der "New York Times" zu sprechen und wird diese Gespräche in Washinton zweifellos noch ergänzen. Dergleichen haben Gespräche mit führenden Gewerkschaften in New York stattgefunden, weitere sind in Washington vorgesehen.

Über die allgemeinen Eindrücke, die der Abgesandte der SPD aus den politischen Gesprächen gewann, sagte er: "Ich habe eine grosse Bereitschaft vorgefunden, die Argumente der Sozialdemokraten zu hören

und sie zu verstehen, was gewiss nicht bedeutet, dass sich die Gesprächspartner sofort den Standpunkt der Sozialdemokratie zu eigen machten. Im allgemeinen beginnt man in der amerikanischen Öffentlichkeit aber zu verstehen, dass der Standpunkt der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik mit der der Regierung nicht mehr in Einklang steht."

Heine hat in all diesen politischen Gesprächen, wie er sagt, auch versucht, sich einen Überblick über die Wahl-Situation und vor allem auch über die Technik der Wahlpropaganda zu verschaffen. In diesem Zusammenhang versuchte er auch, die in der gegenwärtigen Kampagne besonders entwickelte Mitwirkung der Techniker der Wahlpropaganda zu studieren, der grossen "Advertisment"-Büros, die man in USA gegenwärtig unter dem Begriff "Madison Avenue" zusammenfasst, der Strasse in New York, in der die meisten Firmen untergebracht sind, die Untersuchungen über die öffentliche Meinung und die Möglichkeit ihrer Beeinflussung anstellen. "Es ist kernzeichnend", sagte Heine in einer kurzen Zusammenfassung seiner Beobachtungen auf diesem Gebiet, "dass bei allem Einsatz von Massen-Propagandamitteln, die insbesondere auch die Fernsichttechnik ermöglicht, in diesem Wahlkampf in den USA sich die Meinung doch immer stärker durchsetzte, dass die individuelle Einwirkung auf die Wähler, der Kontakt mit dem Individuum, von grosser Bedeutung ist. Obwohl die Art der Einzelentscheidung, die der amerikanische Wähler trifft, mit der Art von Entscheidung, die etwa der Wähler in der Bundesrepublik trifft, nicht verglichen werden kann - schon die Partei- und die politische Struktur ist durchaus verschieden -, so wird doch die gegenwärtige amerikanische Erfahrung mit der Wichtigkeit des Kontaktes mit dem einzelnen Wähler, ohne das Dazwischentreten von technischen Massenpropaganda-Mitteln, von Bedeutung sein."

Heine wird nach etwa zehntägigem Aufenthalt in New York City die letzten Tage vor der Wahl in Washington und den Wahltag selbst wieder in New York verbringen.

2. 11. 1956

Für ein Studium - frei von Not und Furcht

J.S. Mit einer Festveranstaltung zum zehnten Jahrestag der Neugründung des Verbandes nach dem Kriege wurde die XI. DK des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes eröffnet, die vom 27.-30. Oktober 1956 in Frankfurt stattfand. Zu neuen Vorsitzenden wurden Johannes Reinhold (Bonn) und Günter Metzger (Darmstadt) gewählt.

Wenn der SDS auf seiner Marburger Konferenz vor zwei Jahren als erster Studentenverband das Programm für eine umfassende Neuordnung der Hochschule vorlegte, so verabschiedete seine diesjährige Versammlung eine Fülle von Anträgen, die zusammengenommen ein geschlossenes Sozialprogramm für die deutschen Studentenschaft darstellen, das bereits heute verwirklicht kann und muss. Es sieht vor allem eine Koordinierung und wesentliche Verstärkung der Studienförderung vor, wie sie in anderen Ländern bereits üblich ist. Umfang und Methoden der bisherigen Stipendienvergabe werden für völlig unzureichend erklärt. Die Werkarbeit, zu der heute über die Hälfte aller Studenten gezwungen ist, wird nachdrücklich abgelehnt, weil sie die gründliche wissenschaftliche Ausbildung verhindert, die angesichts der technischen Entwicklung mehr denn je notwendig ist. Die Förderung sei keine Angelegenheit der öffentlichen Fürsorge, sondern liege im Interesse der Gesellschaft selbst. Sie dürfe daher auch nicht von Bedürftigkeitsprüfungen abhängig gemacht werden, sondern müsse allen zugute kommen, die charakterliche und wissenschaftliche Eignung sowie eine aktive Beziehung zur Gesellschaft zeigten. Weiter wird die kostenfreie Aufnahme der Studentenschaft in die allgemeine Sozialversicherung für nötig gehalten.

Angesichts der zweiten industriellen Revolution sei die Brechung des materiell bis heute weiterbestehenden Bildungsmonopols nicht nur eine Forderung der in der Verfassung garantierten Rechte, sondern der volkswirtschaftlichen Vernunft. Deshalb müsste allen Begabten, besonders aus der Arbeiterschaft, der nur vier Prozent der Studenten angehören, über weitere Institute des zweiten Bildungsweges der Zugang zur Hochschule erleichtert werden. Die entgegengesetzten Bestrebungen des niedersächsischen Kultusministeriums, die wenigen bestehenden Insti-

ute diesen ihrem eigentlichen Zweck zu entfremden, seien völlig unverständlich.

Für die Politik der SPD

In ihren politischen Resolutionen bekräftigen die sozialistischen Studenten ihre bisherige Haltung gegen Aufrüstung und allgemeine Wehrpflicht. Sie kündigen an, auf die verfassungserrechtliche Angreifbarkeit des Wehrpflichtgesetzes - gegen das von Dr. Adolf Arndt in Vertretung einiger SDS-Mitglieder Klage erhoben worden ist - überall hinzuweisen, da es das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung verletzt, und allen zu helfen, die sich zu ihm bekennen. Die Aufnahme ehemaliger SS-Angehöriger in die Bundeswehr wird scharf verurteilt. Im Zusammenhang mit dem von der Bundesregierung erwirkten KPD-Verbot, warnt der SDS vor dem Versuch, unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Kommunismus die freie Arbeiterbewegung zu diffamieren und zu unterdrücken.

Zwei weitere Resolutionen beschäftigen sich mit Auslandsfragen. Die eine verurteilt die terroristische Politik der französischen Regierung in Nordafrika und begrüßt den Kampf der asiatischen und afrikanischen Völker um Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit. Die andere versichert jense spanischen Studenten der Solidarität des SDS, die in den letzten Monaten zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, nur weil sie die Wiederherstellung der akademischen Freiheit an den spanischen Universitäten gefordert hatten, und bittet den VDS auf internationaler Ebene für eine Revision dieser Schandurteile einzutreten.

Freies Studium in Ost und West

Die gesamtdeutsche Arbeit des Verbandes soll im kommenden Jahr weiter intensiviert werden. Dabei steht die Auseinandersetzung mit der östlichen Ideologie und die Durchführung von Ost-West-Treffen, wie sie im vergangenen Jahr unter Ausschaltung der FDJ erfolgreich organisiert wurden, weiter im Vordergrund. In einem Aufruf an die Studenten im anderen Teil Deutschlands gibt der SDS der Hoffnung Ausdruck, dass die Forderungen nach akademischer Freiheit bald auch dort so offen vertreten werden können, wie heute in Polen oder Ungarn. Der SDS erklärt sich für eine Studentenförderung, die - nicht wie unter den Kommunisten - die materielle Abhängigkeit nur durch eine politische ersetzt. Die politische Entscheidungsfreiheit dürfe nicht eingeengt werden. Die Hochschulen sollten Stätten der Wissenschaft und politischen

Bildung, nicht der politischen Propaganda sein. Der Aufruf schliesst: "Solange die Tätigkeit der SPD-Hochschulgruppen legal war, haben sie in der sowjetischen Besatzungszone mit aller Entschiedenheit die Stalinisierung der mitteldeutschen Hochschulen und Universitäten bekämpft. Wir sind der Überzeugung, dass der Tag kommen wird, an dem der SDS die Organisation aller sozialistischen Studenten in einem einheitlichen freiheitlichen, sozialistischen Deutschland sein wird."

+ + +

Deplaciert und überflüssig

sp. Der Bundesverteidigungsminister Strauss glaubte offenbar, seiner neuen Stellung und der Öffentlichkeit in diesen Tagen der Kämpfe in Ägypten und leider auch wieder in Ungarn einen "Tagesbefehl" schuldig zu sein. Mit dieser Annahme befand er sich durchaus in einem Irrtum. Die Bundeswehr steht in den allerersten Anfängen einer im Einzelnen noch recht ungewisser Entwicklung. Die Wehrdienstzeit ist unbekannt, ebenso sind es die Pläne über eine Umorganisation des Ministeriums und eine neue Spitzengliederung der Truppe. Besonders die direkte und betonte Bezugnahme dieses Tagesbefehls auf die "Ereignisse der letzten Tage" muss deshalb deplaciert wirken und es war zumindest überflüssig, sich in diesem Augenblick und in diesem Zusammenhang in einer Weise zu Wort zu melden, die, draussen wie drinnen, nur als Wichtigtaerei angesehen werden wird.

Der eigentliche Grund für diesen Tagesbefehl ist offenbar die Absicht gewesen, die allgemeine Unruhe über die militärische Entwicklung der letzten Tage und Wochen für eine kräftige Wehrpropaganda zu nützen. Zu welchem Zweck im einzelnen, ist dabei noch nicht ganz klar. Immerhin fiel auf, dass am Mittwoch Abend, als dieser Tagesbefehl des Ministers zuerst über den Rundfunk bekanntgegeben wurde, auch zu hören war, die Bundesregierung stehe in der Wehrfrage vor neuen wichtigen Entscheidungen. Um diese wohl etwas voreilige Ankündigung ist es seitdem still geworden. Was steckt hinter alledem?

Minister Strauss hat offenbar an Ungarn gedacht als er erklärte, die Ereignisse der letzten Tage hätten "auf dramatische Weise bestätigt, dass jedes Volk ein Instrument der Selbstverteidigung braucht, wenn es Freiheit und Menschenwürde wahren will," wobei er auch vergass, dass die Situation des deutschen Volkes mit der keines anderen in Europa vergleichbar ist. Mit gleichem Recht hätte er freilich dabei auch an Ägypten denken können, bzw. den Einmarsch Israels sowie Grossbritanniens und Frankreichs, der NATO-Partner der Bundesrepublik, in dieses Land. Die Regierungen dieser Staaten haben nach ganz überwiegender Weltmeinung den Ansehen der westlichen Welt durch ihr unbesonnenes und brutales Vorgehen so schwer geschadet, dass nicht auch noch von der Bundesregierung durch den Erlass von "Tagesbefehlen" und eine forsche militärische Sprache zusätzlich Porzellan zerschlagen zu werden braucht.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau